



Lenin wahrhaftig Unehre. Wenn alle parlamentarischen oder antiparlamentarischen „Aktionen“ der Kommunisten mit solcher Selbstblamage enden, dann können wahrhaftig die Parlamente des bürgerlichen Klassenstaates diese kommunistische Arbeit auf ihre Habenseite buchen.

Aber so tragikomisch der Vorgang bei der sächsischen Ministerpräsidentenwahl auch war, er hat gezeigt, auf wie schwachen Fundamenten die sozialistische Regierung infolge der Unzuverlässigkeit der Kommunisten stehen wird. Jedoch er hat auch etwas weiteres erwiesen: Die Kommunisten glauben, mit der sächsischen sozialistischen Regierung zu billigen Agitationsgelegenheiten zu kommen. Der Vorgang ihrer Selbstblamage hat aber gezeigt, daß gerade umgekehrt sich das sächsische Regierungsproblem in seiner agitatorischen Seite am meisten geradete gegen die Anbeter des Klassenkämpfers „Immer feste druff“ lehren wird. Die Existenz der sozialistischen Regierung Sachsens, das ist heute bereits klar erkennlich, wird den Kommunisten nicht erlauben, sich auf die Broschüren Moskaus allein zu verlassen.

Der geschlossene Widerstand des Bürgertums, den Bud gefunden hat, war zu erwarten. Wenn das Kabinett Bud das darstellen wird, was es darstellen soll, nämlich eine Art aktiver Demonstration gegen sein bayerisches Gegenstück, die Kahr-Regierung in München, so wird ihm gerade die Geschlossenheit des reaktionären Widerstandes Lebenselement sein müssen. Es gilt, der Arbeiterschaft, nicht zuletzt der sächsischen Arbeiterschaft, die immer noch als Vorhut des deutschen Proletariats angesehen wird, zu zeigen, wo die Widerstände der Reaktion sind, wie die die Wüste der Konterrevolution sich geschichtet haben, welchen Problemen der Gegenwart sich der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit naturnotwendig zuwenden muß. Die Regierung Bud wird nicht einem innerpolitischen Pazifismus huldigen können, ebensowenig, wie das die christliche Kutschregierung Kahrs tut, der ja sein ganzes politisches Repertoire mit dem Dauerkonflikt zwischen Bayern und dem Reich befreitet. Wille zur Aktivität, Wille zur Wehrlosmachung oder doch Schädigung der Konterrevolution, Wille zum reaktionären Fortschritt — gewiß, nicht alle Willenträume werden reifen; Sachsen reicht gerade die zwei Stunden weit, die der Schneelag zwischen Dresden und Leipzig braucht. Aber ein fester Wille, gerade wenn er von der sozialistischen Regierung eines größeren deutschen Einzelstaates getragen wird, wird sich wie ein lebendiges Studium auf die Arbeitermassen übertragen. Die Aufgabe der sächsischen sozialistischen Regierung wird die Politisierung der Arbeitermassen sein, der Kampf darum, sie aus Stumpfheit wieder politischer Kampffreudigkeit zurückzugewinnen.

## Der Oberbürgermeister

Das „Berliner Tageblatt“ bringt der Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin ein auffallend großes Interesse entgegen. In langer Auseinandersetzung erörtert das Blatt die Möglichkeiten der Wahl, und deutlich ist zu erkennen, wie sich diese wahrhaft berufenen Vertreter des sogenannten demokratischen Bürgertums an der durch die kommunistische Abspaltung hervorgerufenen Schwächung der sozialistischen Position im Rathaus wenden. Der Kern der Darlegungen des Blattes ist die Forderung, nicht einen „Parteipolitiker ohne inneres Gewicht, sondern einen Fachmann von Kenntnis und Charakter“ auf den Posten des Bürgermeisters zu stellen, an den allerdings auch die nicht ganz unpolitische Forderung gestellt wird, daß er ein „aufrechter Demokrat“ sein möge. Was man halt im „Berliner Tageblatt“ unter einem aufrechten Demokraten versteht!

Wir sind für Wermuth eingetreten, weil er ein hervorragender Fachmann war, der indes zugleich bewiesen hat, daß er die Bedürfnisse der arbeitenden Massen der Hauptstadt kennt, und der stets bereit war, ihnen Rechnung zu tragen. Wir sind also durchaus der Meinung, daß auf diesen Posten eine nach allen Richtungen hin zuverlässige, aufrechte und tüchtige Persönlichkeit gehört. Hinter dem Geschwätz

## Der Offizier

Was ähndt sich ins Herz hat eingegraben:  
Nicht löst's der Zeitschwamm mehr aus!

Die notdürftig gestellten Trümmer der geschlagenen deutschen Armee strömten wie ein dämmeliger Fluß aus Frankreich zurück. Wäde, vergnügte Soldaten. Wohl lag der Freudenglanz der endlichen Heimkehr auf jedem Antlitz — wie ein sanftgrünes, mildes Moos; aber unter dem Freudenglanz schimmerte der sardolose Fels hindurch. Diese Gesichter waren wie Stein. Hart und trocknig. Und unter dem Stein schälte ich den heißen Seelenfunken. Diesen unheimlichen Funken: der Vernichtung sein kann. Der aber auch — auf das richtige Leitungsnetz geführt: Städte und Länder erleuchten und betriebsam erblühen lassen kann.

Jedes Dorf hatte sich geschmückt. Jedes Haus lagte: willkommen, Bruder! Und jedes Herz sang: Friede, du schöner! Schwerbeladene Lastautos. Buntverschmierte Geschütze. Rauschende Freiwagen. Flackende Kavallerie: entsehtlich leidende Pferde — denen aber alles Leid die gute Freundschaft zu den Menschen in ihren schönen braun- und blauglänzenden Augen nicht ersicht hatte.

Und immer wieder die Schmutzfrauen, verlaufen und abgerissenen Massen der vordersten Frontkämpfer. Wie Kampfsameisen zogen sie in surrenden Wanderzügen über Land. Oft die Hüften überschwemmend. In den Dörfern alles rahelohfressend: — daß keine Kartoffel, kein Brot, kein Stiel und kein Stengel mehr aufzutreiben war.

Alte Bräuen rissen erkant ihre erinnerungsreichen Augen auf: sie dachten beim Anblick dieser unendlichen Wanderzüge an die Zeit der Kreuzfahrer zurück: an die Zelten des dreißigjährigen, traurigen, sengenden Krieges.

Da war eine uralte Stadt im Rheinland. Eine Stadt mit grauen Umfassungsmauern: mit runden, lappenspitzen Walltürmen: mit Wehrgängen über den basaltblauen Steintoren. Und eine alte romanische Klosterkirche war in der Stadt. Und ein Rathaus mit spitzblumiger, zarter, gotischer Fassade: deren roter Sandstein so flehlich schimmerte wie feingeförnte Mädchenohren: wenn die Straßen der Abendsonne sie durchleuchteten.

Aber diese Stadt war die regnerische, kalte Nacht durch der graue Strom der unruhigen Wanderarmeen hingegangen. Diese Stadt hatte nachts wenig Ruhe gefunden. Ihre gefälligen Mädchen hatten getanz: sie waren heißbegehrt von Arm zu Arm gezogen — jedem grauen Tänzer einen heimatischen Duft ins Herz frömdend: jedem Krieger das wonnige Glück reiner, keuscher Melancholie in der Seele ersehnen lassend.

Am Marktplatz stand der alte Brunnen. Ein achtziges Bronzefässlein. Aus ihm heraus wuchs ein hypogonischenkantes, gotisches Götterbild. Und in dem Leerraum der feingegliederten Fials stand der steinerne Heilige.

des Tageblattes aber verbirgt sich etwas ganz anderes. Wir erinnern uns z. B. nicht, daß das „Berliner Tageblatt“ die gleiche Forderung bei der Wahl Scheidemanns zum Oberbürgermeister von Kassel und in ähnlichen Fällen gestellt hat, obwohl Scheidemann nie in seinem Leben beruflich mit kommunalpolitischen Dingen etwas zu tun gehabt hat. Die Forderung des „Berliner Tageblattes“ erregt unseren Verdacht deswegen, weil sie wie ein Ei dem anderen dem Fachministerium gleich ist, den die Deutsche Volkspartei — damals zum Entsetzen des liberalen Blattes — während der letzten Reichstagswahlbewegung betrieben hat. Doch deutlicher erkennbar aber wird der Charakter solcher Geredes, wenn wir uns erinnern, daß der Ruf nach dem Fachminister sogar den Kappisten als Parole dienen konnte. Wie damals, so verbirgt sich auch heute hinter dem Geschrei nach dem Fachmann die Sehnsucht nach einer Persönlichkeit aus dem eigenen Lager, nach einem zuverlässigen Reaktionsär. Wermuth war all diesen Herrschaften unsympathisch, weil sie in ihm nicht mehr ein für ihre Zwecke gefügiges Werkzeug erblickten konnten. Die Gelegenheit seiner Abdankung aber möchten sie nicht vorübergehen lassen, ohne sie zur Vereinstellung eines solchen Werkzeuges benutzt zu haben. Daher der Ruf nach dem „Fachmann von Charakter“.

## Die erste Niederlage der bayerischen Reaktion

Zur Volksabstimmung in München wird uns noch geschrieben:

Am 12. Dezember wollte die bayerische Konterrevolution die sozialistische Rathausmehrheit in München im Sturm beseitigen. Schon lange war ihr das rote Münchener Rathaus ein Dorn im Auge, ein Schönheitsfehler im Bilde des reaktionären Bayern. Im bayerischen Selbstverwaltungsgezet ist das Referendum (Volksbegehren) vorgesehen, und mit Hilfe dieser demokratischen Einrichtung wollten die bayerischen Reaktionsäre ihr Ziel erreichen. Sie erzwangen unter Führung des Bayerischen Bürgerbunds eine Volksabstimmung darüber, ob der Münchener Stadtrat neu gewählt werden sollte. Die Hälfte der Stimmberechtigten mußten sich für die Neuwahl des Stadtrates entscheiden, wenn dem Willen der Konterrevolution Genüge geschehen sollte: In den Wahlaufzügen hieß es stolz, daß das Bürgertum mindestens 300 000 Stimmen ausbringen müsse, und das Ergebnis war: 179 418 Stimmen für Neuwahl des Stadtrates. Damit waren die notwendigen 50 Prozent der Wahlberechtigten nicht erreicht, die Neuwahl findet nicht statt, die Konterrevolution hat ihre erste Niederlage in Bayern erlitten.

Im Juni dieses Jahres hatten die bürgerlichen Parteien gelegentlich der Landtagswahlen 184 000 Stimmen in München aufgebracht, und nicht einmal diese Zahl gelang es ihnen, zu erreichen, trotzdem alle bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen gemeinsam in den Vernichtungskampf gegen den Sozialismus zogen. Die U. S. P., die S. P. D. und die K. P. D. hatten gemeinsam mit den Gewerkschaften die Parole ausgegeben, sich nicht an der Abstimmung zu beteiligen, weil sie kein Interesse an einer Neuwahl hatten. Ein Flugblatt, das vom Gewerkschaftsrat herausgegeben wurde, und diese Parole propagierte, wurde vom Polizeipräsidenten verboten und erst wieder freigegeben, nachdem die von ihm verlangten Änderungen daran vorgenommen waren. Die bürgerlichen Parteien übten einen ungeheuren Terror aus, der sich besonders auch gegen die Beamten richtete, da die Abstimmung namentlich, also nicht geheim stattfand. Die Beamten standen also unter einem starken Druck, da man ihnen mit Vergeltung gedroht hatte. Die deutschnationalen und schwarzen Herrschaften schleppten ihre Dienstmädchen zur Wahl und prehten sie zur Stimmabgabe für die Neuwahl, so daß verschiedentlich von unseren Genossen Wahlprotest erhoben werden mußte. In langen Zügen rückten die Nonnen und Mönche der Klöster an, deren es in München nicht wenige gibt, und stimmten unter Führung ihres geistlichen Hirten für die Neuwahl. Zehntausend Stimmen der Reichswehr und Sipo wurden dank dem Terror der Konterrevolution abgegeben. Die Plakate der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften wurden von Salatenkreuzjüng-

lingen abgerissen, vor jedem Wahllokal stand ein blauer und zwei grüne Polizisten, die Wahllokale selbst waren durchweg mit Orgele- und Einwohnerwehren besetzt. Maschinengewehre, Handgranaten und Maschinepistolen waren bereitgestellt, die ganze Einwohnerwehr war auf den Beinen und mit vielen, vielen Autos wurde Schleppearbeit getan, aber es war alles vergebens. Auch die große Zahl der erschwundenen Stimmen reichte nicht aus, die notwendige Zahl zu erreichen. Wochenlang vor der Abstimmung waren die bürgerlichen Blätter voller Lügen und Bestimmungen gegen die sozialistische Rathausmehrheit. Es wurde geheut und gewettert, als ginge es um die heiligsten Güter des Volkes, und trotzdem gelang es der Reaktion nicht, die Hälfte der rund 389 000 Wahlberechtigten für ihre Parole zu gewinnen.

Der bürgerliche Sturm auf das Münchener Rathaus konnte aber nur abgeschlagen werden, weil es gelungen ist, die drei sozialistischen Parteien, vereint mit den Gewerkschaften, zu einer einheitlichen Parole zu verpflichten, dabei kann der K. P. D. der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie sich erst im letzten Augenblick entschlossen hat, mit den Unabhängigen und den Rechtssozialisten gegen die Neuwahl zu stimmen. Aber es kam letzten Endes doch zur einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die Konterrevolution, und nur dadurch holte diese sich ihre erste Niederlage!

Die Reaktion gibt aber den Kampf noch nicht auf. Nachdem das Referendum abgelehnt ist, soll ein neuer Weg beschritten werden, die verhasste rote Mehrheit aus dem Münchener Rathaus zu entfernen. Das Selbstverwaltungsgezet für Bayern soll rückwärts revidiert werden! Der durch seine Provokationen im Landtag bekannte Staatssekretär Schwegel arbeitet bereits an einem Entwurf zur Abänderung dieses bayerischen Selbstverwaltungsgezetes, das als eine der wenigen Errungenschaften der Revolution der Reaktion gespart werden soll. Das Selbstverwaltungsgezet sieht für die Gemeinden das Einkommenssystem vor, hat den Gemeinden sehr weitgehende Freiheiten gegeben und enthält so manches, was der jetzigen konterrevolutionären Regierung in Bayern nicht paßt. Dieses Selbstverwaltungsgezet soll jetzt geändert werden, und der reaktionäre bayerische Landtag wird diese Änderung, über die noch nichts Näheres bekannt ist, schon annehmen, dafür birgt seine Zusammenkunft.

Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen nach der Rückwärtsrevidierung des Selbstverwaltungsgezetes dann Neuwahlen auf Grund des neuen Gezetes erzwängen. Dabei haben sie aber zwei Faktoren nicht mit in ihre Rechnung gestellt: Den bayerischen Städtebund und die Arbeiterschaft. Wenn es gilt einen neuen Schlag der bayerischen Konterrevolution abzuwehren, dann wird die Reaktion das Proletariat wieder ebenso einmütig in der Abwehr finden, wie am 12. Dezember, wo es galt, die sozialistische Rathausmehrheit in München zu erhalten. Der Bann in Bayern ist gebrochen. Die Konterrevolution hat ihre erste Niederlage erlitten!

## Rußland und die Konzessionen

Moskau, 12. Dezember.

In einer Rundgebung der Sowjetregierung heißt es: Die arbeitenden Sowjetrusslands haben den letzten Gegner, Kapitalismus, geschlagen. Jetzt herrscht an allen Fronten Ruhe. Trotzdem müssen wir auf der Hut sein, da wir von allen Seiten von uns feindlich gesinnten bürgerlichen Staaten umgeben sind. Eine Atempause haben wir jedoch schon erreicht.

Die Sowjetregierung richtet folgende Mahnung an das Land: Der bevorstehende Warenaustausch mit dem Westen wird für Sowjetrussland nur möglich sein, wenn die Industrie und die Landwirtschaft im Lande wieder aufgebaut wird; andernfalls verfiert der Handelsfonds und wir werden nichts ausführen können. Die Aufgabe eines jeden Arbeitenden in Sowjetrussland ist angestrengte, unermüdbare Arbeit. Die gegenwärtig hartnäckige Arbeit wird in der nächsten Zukunft glänzende Ergebnisse zeitigen. Der bevorstehende Rätekongreß wird verschiedene wunde Fragen unseres Staatsaufbaues lösen.

Auf der allrussischen Transportarbeiter-Konferenz beantwortete Trotzki einige Fragen über die Konzessionen und erklärte, daß die Verpachtung Kamischais an die Amerikaner für beide Teile vorteilhaft sei. Die Waldkonzessionen in den nördlichen Gegenden bilden eine Art Warenaustausch mit Europa.

aus meine unbedeutende kleine Wesensart ausleuchten sehen? Wer kennt die inneren Zusammenhänge der einzelnen Erscheinungen?

Wir wissen nichts! Und doch — unser Gefühl weiß alles!

In jenem Schweinsauge hörte ich den Sterbensschrei von mehr als 10 Millionen Menschen. In jenem Schweinsauge hörte ich das Rauchen ungeheurer blutiger Kastaden. Ich will nicht mehr sagen — ich rege mich auf — und dann schmerzt mein Beinrumpf. Eines aber will ich doch noch sagen: Brüder, wir sind alle eines Geistes! Max Dork.

„Was Peterchens Freunde erzählen“, heißt ein Märchenbuch, das von Hermann Jurnahnen erzählt und von Georg Grosz mit kräftigen Zeichnungen geschmückt worden ist (Muller Verlag, Berlin). Es sind keine Schöpfungen gantelnder Phantasie, sondern für Proletarierkinder bestimmte Einführungen in die Welt des Sozialismus. Anknüpfend an die uns umgebenden kleinen Dinge des täglichen Lebens sprechen die Kohle, die Streichholzschachtel, die Mäse, der Topf, das Schneegläschen, die Kinderverständlicher Weise von den Ungerechtigkeiten und Missetaten des Arbeiterlebens, von Bergwerken, dummen und bösem Kapitalismus der Menschen und von dem notwendigen Kampf, der den Winter zu Grabe fütet und das Rahen des Frühlings in Natur und Gesellschaft begründet.

Aus den Werken von Gustav Landauer und Hedwig Landauer steht auf Veranlassung der Volksbühne E. B. Friedrich Moep am Donnerstag, den 18. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, in der Halle des Gnomastums „Zum Grauen Kloster“, Klosterstraße 7a. Eintritt 70 Pfennig.

Das neue Volkstheater bringt als nächste Neuheit am Sonntag abend, den 18. Dezember, die Aufführung der spanischen Komödie „Die vier Robinsons“ von Pedro Muñoz Seca. Die Stücke sind seit einigen Jahren das Repertoirestück der spanischen Bühnen und wurde in zahlreiche fremde Sprachen überseht.

Rolle-Theater. Die am Donnerstag stattfindende Berliner Aufführung des Moskischen Dramas „Friedrich Schiller, der Freund der Menschheit“, beginnt um 7 1/2 Uhr. Den Schiller spielt Carl Baldermann a. G.

Die erste französische Ausstellung nach dem Kriege wird Ende Dezember in der Kunstausstellung Der Sturm, Berlin, Potsdamer Str. 134a, gezeigt. An ihr sind die führenden Berliner Kubisten beteiligt.

Vorschau in Rußland. Das wissenschaftliche technische Komitee in Rußland erachtet für den Bedarf des kommunistischen Arbeit und der gewerkschaftlichen Verbände ein physikalisches Laboratorium, das auf wissenschaftlicher Grundlage Intelligenz, Begabung und Eignungsprüfung ausführen wird. Der Leiter der Kommission ist Professor Feodorowsky, der, um die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte Deutschlands auf dem Gebiete der Arbeitswissenschaft kennen zu lernen, gegenwärtig sich in Deutschland Studienaufhalt ausübt.

# Rabinett und Strafe

Der „Vorwärts“ scheint noch immer nicht begriffen zu haben, daß seine Bedenken gegen die Forderung der „Metallarbeiterzeitung“, die Sozialisierungsfrage „aus den Beratungszimmern herauszunehmen und sie in den Betrieben und wenn nötig, auf der Straße zur Entscheidung zu bringen“, einer Verzichtserklärung auf jede Massenaktion zugunsten der Sozialisierung gleichkommt. In seiner Montags-Ausgabe beschränkt er sich unersetzlich gegenüber auf die Erklärung, daß eine feste in sich geschlossene Volksmehrheit die unerlässliche machtpolitische Voraussetzung jeder tiefgreifenden Umbildung der Wirtschaft sei, und daß er jeden Versuch, Mehrheit durch Minderheitsgewalt zu erzeugen, als völlig aussichtslos betrachte.

Wollte man aus diesen allgemeinen Redensarten einen konkreten Sinn herausdestillieren, so wäre nur die eine Deutung möglich, daß der „Vorwärts“ keinen Kampf, keine Massenaktion zugunsten der Sozialisierung will, sondern sich auf das ruhige Feld parlamentarischer Abstimmung zurückziehen möchte. Daß diese Abstimmungen gegen die Sozialisierung ausfallen müssen, wenn die Massen untätig bleiben, weiß der „Vorwärts“ sehr wohl. Seine „Bedenken“, die diese Untätigkeit fördern, laufen deshalb letzten Endes auf eine Abkühlung des Kampfes um die Sozialisierung, auf eine Preisgabe der Interessen der Arbeiterschaft hinaus.

Es ist deshalb durchaus begrifflich, daß die kapitalistische Presse die „Bedenken“ des „Vorwärts“ aufgreift und sie gegen die Arbeiterschaft ausschleudert. Das „Berliner Tageblatt“ schließt sich dem „Vorwärts“ an und produziert den Satz, daß man das Sozialisierungsproblem „nicht mit den Fäusten, sondern mit dem Kopfe zu lösen versuchen“ möchte. Wir würden uns dieser Ansicht anschließen, wenn wir auf der Gegenseite lediglich das Bestreben sehen würden, die sozialen Probleme „mit dem Kopfe“ zu lösen. Solange aber die Bourgeoisie alle Machtmittel des kapitalistischen Staates mißbraucht, um den sozialen Befreiungskampf des Proletariats aufzuhalten, sind auch „die Fäuste“ der unterdrückten Klasse ein Faktor, der zur Überwindung der gesellschaftlichen Stagnation, zur Fortentwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen in der Richtung zum Sozialismus unter Umständen in die Waagschale geworfen werden muß.

# Noch ein Gegner der Sozialisierung

## Der Deutsche Landbund meldet sich

Nachdem das gesamte organisierte Unternehmertum seine Kampfanlage gegen die Sozialisierung der Rohstoffwirtschaft losgelassen hat, tritt auch die Organisation der agrarischen Reaktion ein in die Front gegen den Sozialismus. Das überläßt zwar nicht, was aber verzeichnet werden, um das Bild vollständig zu machen, das der Heer der Feinde der Arbeiterschaft bietet. Der Deutsche Landbund hat an den Staatskommissar für Volksernährung eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

„In die Erreichung der größeren Leistungsfähigkeit in der Landwirtschaft zu streben, so sind alle Experimente zu unterlassen; denn unserer Wirtschaftsleben ist schon an und für sich zu schwer erschüttert, um noch erneute Fehlschläge ertragen zu können. Bösartiger Stillstand würde die Folge sein, da die Kohle, sei es als wesentlicher Faktor in der Düngemittelherstellung, sei es als Betriebsmittel für Maschinen, die Urkraft jeglicher Produktion auch in der Landwirtschaft ist.“

Der Landbund deutet also schon jetzt den „völligen Stillstand“ der landwirtschaftlichen Produktion an für den Fall, daß die Rohstoffwirtschaft sozialisiert wird. Was ebenfalls nicht übersehen werden darf, ist die Tatsache, daß der organisierte Agrarier weiß, daß der Leserzeitung längst vorbereitet ist für den Fall, daß die Arbeiterzeitung sozialisiert wird, und sie wird alle diese Widerstände nur überwinden in enger Geschlossenheit.

# Ihr laßt die Armen schuldig werden

In Zweibrücken ging vor dem Schwurgericht nach dreijähriger Dauer der Prozeß wegen Landfriedensbruchs gegen zehn Arbeiter aus Ludwigshafen zu Ende. Lediglich Arbeiter hatten am 24. Februar d. J. in Ludwigshafen eine Kundgebung gegen die Lebensmittelpreissteigerungen abgehalten. Dabei kam es zu Plünderungen. Es entstand ein Schaden von annähernd einer Million. Als sogenannte „Rädelsführer“ wurden verurteilt der Arbeiter Führer zu acht Jahren Zuchthaus, Uhl zu drei Jahren Zuchthaus, Hauptmann zu zwei Jahren Zuchthaus, die übrigen zu ein- bis einhalb Jahren bis acht Monaten Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Dieses überaus harte Urteil ist wieder ein Beweis für den schlechten Stand der Rechtspflege im Klassenstaat. Die erwerbsfähige Bevölkerung wird durch den Wucher der Händler und Produzenten zur Verzweiflung getrieben. Sie hungert, darbt, friert, fristet immer tiefer ins Elend hinab. Die Regierung arbeitet dem Wucher nicht entgegen, sie unterstützt ihn vielmehr durch ihre Produzentenpolitik direkt und indirekt. Wenn dann die verarmten Massen auf die Straße gehen und sich in ihrer Verzweiflung zu Handlungen hinreißen lassen, dann trifft sie die ganze Strenge des Gesetzes. Das Grundübel aber, der Wucher, bleibt unberührt.

# Freigesprochene Mörder

In Schwerin i. M. hatten sich in der vorigen Woche die Zeitfreiwilligen Thormann, Wegner und Dilmann vor den Schwurjuror zu verantworten. Sie waren angeklagt, dem Zeitfreiwilligen Harlinghausen, der Mörder geworden ist, Beihilfe zur Ermordung des Arbeiters Paul Zahnte aus Hungererford bei Grevesmühlen geleistet zu haben. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Den Verhandlungen lag folgender Tatbestand zugrunde:

Nach Ausbruch des Kapp-Putsch General Lettow-Orbea die Mecklenburgische Regierung gewaltsam absetzte, wurde zur Abwehr des hochverräterischen Unternehmens der Gewerkschaftskreis ausgerufen. Der Arbeiter Zahnte war in Hungererford Führer des Streiks. Es wurden darauf zehn Zeitfreiwillige unter Führung des Angeklagten Thormann, nach Hungererford berufen, die den Kustag bekamen, Zahnte zu verhaften und nach Grevesmühlen zu bringen. Die Zeitfreiwilligenkolonne bestand aus jungen, unreifen Burschen, von denen ein großer Teil nicht einmal angekommen, verschollen nicht umgezogen wurde. In Hungererford angekommen, veranfaßten die Kumpel die übliche Schiebererei, besetzten die Wohnung des Zahnte, verhafteten ihn und unterwarfen ihn einer qualvollen Folter. Der Gutsbesitzer von Pufflamer machte die Zeitfreiwilligen scharf, schickte ihnen Wein ein, gab ihnen Zigarren und befehlte sie mit allen Kräften gegen Zahnte an. Daraufhin beschlossen die Heldenhühner, den Arbeiter Zahnte „andrechtlich“ zu erschlagen. Er wurde auf einen Wagen nach Grevesmühlen gebracht, unterwegs ließ der Mörder Harlinghausen den Wagen an einer Sandgrube stehen. Zahnte wurde in die Grube geführt und in Gegenwart der Angeklagten Wegner und Dilmann von Harlinghausen erschossen. Hierauf verabredeten die Mörder, ihrem Vorhaben, dem Hauptmann Stöwer in Grevesmühlen, nach bestem Muster zu melden, Zahnte sei bei einem Fingerringeschossen worden. Trotz des einwandfreien Tatbestandes wurden die Mörder auf freiem Fuße belassen, sie beschlossen, Harlinghausen als den Schuldigen zu bezeichnen, dieser wurde in Sicherheit gebracht, er hatte aber bis vor kurzer Zeit noch Zusammenkünfte mit seinen Mitverschworenen. — Das Geschworenengericht in Schwerin war müßiggelüht, kein Arbeiter befand sich unter den Geschworenen. Der Staatsanwalt hatte wichtige Befragungszeugen nicht geladen, nicht einmal den mit Zahnte zugleich verhafteten Arbeiter Bode, der bezeugen konnte, daß Zahnte vor seiner Erschießung schwer mißhandelt worden ist. Wenn der Haupttäter Harlinghausen auch die Möglichkeit hatte, sich durch Flucht der Strafe zu entziehen, so hätten doch die Angeklagten zum mindesten wegen Beihilfe zum Mord bestraft werden müssen. Das ist nicht geschehen. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Arbeiter wären tollischer ins Zuchthaus gekommen. Zeitfreiwillige Mörder bleiben straflos. Derartige Urteile wirken natürlich ermunternd für neue Verbrechen. Bei einem derartigen Tiefstand der Rechtspflege ist kaum zu erwarten, daß die Geschworenen in Rassel, die in diesen Tagen über den Mord an den Arbeitern aus Bad Tölze zu entscheiden haben, zu einem dem Tatbestand entsprechenden Urteil kommen werden. Die Klassenjustiz ist ein Zustand, der nur durch die Beseitigung der Klassenherrschaft ausgerottet werden kann.

Ein unerhörtes Vorgehen erlaubten sich die Verfechter der Rosauer These in der Branchenversammlung der Walzwerkerarbeiter am Sonntag in Schuls' Fejskilen am Königsgarten. Auf Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes sollen vor der am 18., 19. und 20. Dezember stattfindenden Urwahl der Ortsverwaltung in allen Branchen Versammlungen abgehalten werden, um Stellung zur Wahl zu nehmen. Ausdrücklich beschloß auch die Generalversammlung, daß in diesen Versammlungen alle Richtungen zum Wort kommen müssen. In der Branchenversammlung der Walzwerkerarbeiter erschien im Auftrage des Bevollmächtigten Ziska der Kollege Kiehl, Angehöriger der Organisation. Bei Eröffnung der Versammlung kam von kommunistischer Seite ein Antrag, den Kollegen Kiehl nicht an der Versammlung teilnehmen zu lassen. Der Branchenleiter Schooldi wies darauf hin, daß die Vertreter der Verwaltung in allen Versammlungen und Sitzungen, die von der Organisation einberufen sind, Zutritt haben. Das nützte nichts. Mit 2 Stimmen Mehrheit beschloß die Versammlung, daß Kiehl den Saal zu verlassen habe. Daraufhin verließen auf Aufforderung eines Kollegen aus der Versammlung auch die Kollegen den Saal, die diese Gewaltpolitik verurteilten. Der Branchenleiter wies darauf hin, daß die Versammlung einen Beschluß gefaßt habe, der sich gegen die Generalversammlung wendet und daß er unter diesen Umständen seinen Vorbehalt nicht weiter führen könne. Es müsse von der Ortsverwaltung eine neue Versammlung einberufen werden, die in den nächsten Tagen stattfinden wird.

# Gewaltpolitik der kommunistischen Gewerkschaftszerstörer

Als am 7. November Ruch als Angehöriger einer anderen Partei die Versammlung der U. S. P. Mitglieder im Metallarbeiterverband verlassen mußte, entzweiten sich „Internationale“ und „Rote Fahne“ in der schärfsten Form. Bei der Versammlung der Walzwerkerarbeiter handelte es sich um eine vom Metallarbeiterverband auf Beschluß der Generalversammlung einberufene Versammlung. Die Hinausweisung des Organisationsvertreters aus dieser Versammlung bedeutet einen offenen Bruch der statutarischen Bestimmungen, die von den Mitgliedern des Verbandes selbst beschlossen wurden. Der Verlauf der Versammlung und der Akt des Hinauswurfs geben ein anschauliches Bild von der praktischen Tätigkeit der Kommunisten und zeigen den Berliner Metallarbeitern, was ihnen bevorsteht, wenn diese Gewaltpolitiker die Organisationsleitung in die Hände bekommen.

Der Stand der Besoldungsgesetze. Der Besoldungsausschuß der Preussischen Landesversammlung, der in den letzten Wochen täglich Sitzungen, teilweise bis spät in die Nacht hinein, abgehalten hat, beendete am Sonntag in einer zehnstündigen Dauer Sitzung die zweite Lesung der Besoldungsordnung. Es ist damit sicher, daß die Besoldungsgesetze noch vor Weihnachten verabschiedet werden.

Ein Unabhängiger als Landrat. Der unabhängige Sozialdemokrat Stammert wurde zum Landrat des Kreises Bitterfeld gewählt.

Die Wölfe als Gärtner. Aus Münster i. W. wird amtlich mitgeteilt, daß auf Grund von Anzeigen gegen bewaffnete Organisationsbildungen in Münster Hausdurchsuchungen bei den als Leitern der angeblichen Orgeschzentralen bezeichneten Persönlichkeiten vorgenommen wurden. Belastendes Material wurde nicht gefunden.

Das christliche Paradies. Das Ludwiger Straßengericht hat einen 19jährigen Dieb zu einem Monat Gefängnis und zu fünfzehn Stockschlägen verurteilt. Das ist die erste Anwendung der Prügelstrafe, die unlängst in Ungarn wieder eingeführt worden ist.

# Aus der Wirtschaft

## Erhöhte Bierproduktion

Der Malzverbrauch für die Bierherstellung ist in fortgesetztem Aufstieg begriffen. Während in den Monaten April bis Juni 1919 der Verbrauch noch 148 000 Doppelzentner betrug, ist er in derselben Zeit des laufenden Rechnungsjahres auf 380 000 Doppelzentner gestiegen. Die gesamte Bierherzeugung hat sich zur selben Zeit dagegen nur von 5,5 Millionen auf 6,3 Millionen Hektoliter gehoben. Dafür ist aber um so mehr unterjähriges Bier erzeugt worden. Dessen Produktion hat sich von 2,2 Millionen auf 3,7 Millionen Hektoliter erhöht, während das obergährige Bier zur gleichen Zeit von 3,2 Millionen auf 2,5 Millionen Hektoliter gesunken ist. Die Vollbierherzeugung betrug 124 266 gegen 132 191 Hektoliter im Vorjahre. An Starkbier wurden 2351 Hektoliter erzeugt.

Es gehört jedenfalls zu den Errungenschaften der deutschen Ernährungswirtschaft, daß man für die Bierproduktion weitere 232 000 Doppelzentner Brotgetreide zur Verfügung stellt, während die Bevölkerung noch sehr der Gefahr ausgesetzt ist, die ohnehin schon durchaus unzureichende Brotration noch weiter gekürzt zu erhalten.

## Die amerikanische Kohle

Amerikas Kohlerzeugung, die schon vor dem Kriege in starkem Anwachsen war, hat während des Krieges gewaltig an Bedeutung gewonnen, während die Erzeugung anderer Länder in derselben Zeit nicht unwesentlich zurückgegangen ist.

Nach der Zusammenfassung eines Amerikaners wird die Kohlenproduktion Amerikas in diesem Jahre etwa 555 Millionen Tonnen gegen 460 Millionen Tonnen im Jahre 1914 betragen. Englands Erzeugung dagegen dürfte nur 243 Millionen gegen 285 Millionen Tonnen im Jahre 1914 erreichen. Auch im Export hat sich Amerikas Stellung stark verbessert. Bis zum Kriege war es daran nur mit einem einzigen Prozent seiner Erzeugung beteiligt. Schon im ersten halben Jahre 1920 führte Amerika nach Frankreich 3,2 Millionen gegen 47 Tausend Tonnen im Jahre 1913 aus. Ähnlich haben sich Amerikas Exportziffern nach Südamerika, Holland, Schweden usw. verändert. Der englische Verkauf nach Holland nimmt jetzt nur noch den fünften Teil der Vorkriegszeit ein.

## Ueberproduktion — Unterkonsumtion

Nach einer Mitteilung des kaiserlichen Landespreisausschusses wandern gewaltige Mengen französischen Fleisches in Sachen gegenwärtig in die Gaskochhäuser, da sie wegen des hohen Preises keine Abnehmer finden. — O göttliche Wirtschaftsordnung, in der die Magarine überflutet und die Profetariermagen leer sind!

# Groß-Berlin

## Christliche Nächstenliebe

Daß Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Dinge sind, lehrt uns in dieser Zeit der ärgsten Wohnungsnot der Pfarrer der Epiphaniengemeinde in Charlottenburg, Mann. Dieser edle Mann, natürlich deutschnational bis auf die Knochen, dessen Lebensaufgabe es ist, das Wort Christi und den Geist seiner Nächstenliebe zu verbreiten, besitzt nämlich drei Wohnungen. Er bewohnt in Charlottenburg 9, Ruybaumallee 15a, mit seiner fünf Köpfe zählenden Familie zwei Etagen von je vier Zimmern mit Nebengelaß. Damit aber nicht genug, besitzt er auch noch in Rehrstraße bei Potsdam ein Haus von neun großen Räumen, von denen sieben Räume völlig leer stehen und nur darauf warten, daß der Herr Pfarrer sie im Sommer für einige Zeit bewohnt. Allen Bemühungen der Gemeinde zum Trotz, verfehlt es Herr Pfarrer Mann, dieses Haus bis auf zwei Kellerräume, in denen die Gemeinde mit Ach und Krach eine lebendige Familie unterbringen konnte, leer stehen zu lassen. Der Herr Pfarrer kann aber noch mehr. Im den Tatbestand seiner leerstehenden Wohnung zu verschleiern, hat er sich vor einigen Wochen ein Telefon anlegen lassen, das er auch prompt innerhalb dreier Wochen bekam. Während andere Menschen, die ein Telefon dringend für ihren Beruf brauchen, lange Monate auf die Anlage warten müssen, wird dem Herrn Pfarrer in seiner leerstehenden Wohnung innerhalb weniger Tage ein Telefon gelegt.

Dabei ist die Wohnungsnot in Rehrstraße nicht minder groß, als in anderen Orten, aber der Herr Pfarrer, der Prediger christlicher Nächstenliebe, wehrt sich erfolgreich mit Händen und Füßen dagegen, daß obdachlose Menschen in dem leerstehenden Hause ein Unterkommen finden.

## Ein Schulfreik

Seit 1914 ist die 82. Gemeindeschule, Konbit, Turmstraße 75, beschlagnahmt. Bei Ausbruch des Krieges war der Ausbau der Schule fast fertig. Der Schulhof wurde stark eingeschränkt, während des Baues mußten drei Klassen in Primarräumen untergebracht werden. Im August 1914 wurde die Schule mit Militär belegt. Vom 1. I. bis 5. 3. mußte die Schule wegen Kohlenmangel stillgelegt werden. Trotz des Militärs wurde der Unterricht notdürftig aufrechterhalten. November 1918 wurde die Schule für die heimkehrenden Soldaten ganz geräumt, die Kinder wurden nach der Wielestraße (41. Gemeindeschule) bzw. Zwinglstraße (248. Gemeindeschule) umgeschult. Der Gasstopp wegen mußte wieder eine Veränderung vorgenommen werden und kamen die Kinder nach der Poststraße (298. Gemeindeschule). Auch dort dauerte es nicht lange und die Kinder kamen wieder zur 41. und 248. Gemeindeschule zurück. Im Januar 1919 kam dann die Erwerbslosenfürsorge in die Schulauswahl, welche sie bis auf den heutigen Tag inne hat. In regelmäßigen Unterriicht war gar nicht zu denken, man muß berücksichtigen, daß ein großer Teil Lehrer zur Front mußte. Neben der körperlichen Verarmung ist dadurch eine furchtbare geistige Verarmung unserer Kinder die Folge gewesen: die eingeführten Kurzstunden, abwechselnd vor- und nachmittags; die Koststunden, die nachher eingeführt sind, aber nur an 3 Tagen für Knaben und die übrigen Tage für Mädchen stattfinden, haben entsetzliche Wirkung ausgeübt. Die Kenntnisse unserer Kinder sind geradezu entsetzlich gering. Durch die mangelnde Aufsicht hat eine arge geistige Vererbung unserer Jugend stattgefunden, die die Eltern nicht mehr mit ansehen konnten. Die Knaben- und Mädchenschule teilen sich in die Räume der Mädchenschule, ein Abort ist nur dafür vorhanden. Seit Mai verhandeln die Elternbeiräte der 82. und 90. Gemeindeschule mit den Schulbehörden. Oft wurde gar keine oder eine sehr mangelhafte Antwort gegeben. Die Eltern wollten sich nicht länger hinhalten lassen, sie beschlossen am 10. 12., vom 11. 12. ab in den Streik zu treten, bis zu einem vollen Erfolg.

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf). Als erster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag der unabhängigen Fraktion behandelt, der als Ziel die Amtsniederlegung des bürgerlichen Vorsteher-Stellvertreters Witte, Bürgermeister von Wittenau, hatte. Genosse Wilsdorf begründete den Antrag. Die bürgerlichen Bemängelungen die Einmischung in ein schwebendes Verfahren und verlannten Uebergang zur Tagesordnung. Nachdem von den Kommunisten die Gen. Scheibe und Fischer gesprochen und unser Genosse Wilsdorf die erhobenen Beschuldigungen durch tatsächliche Beweise belegen wollte, wurde mit Hilfe der Rechtssozialisten Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Ob Herr Witte keines Stiches froh werden wird? Wir beneiden ihn um seine robuste Natur. — Ein Antrag der Kommunisten, von Eisenstein begründet, betraf als zweiten Punkt den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. Welt etwas von Kommunalisierung darin die Rede war und von anderen häßlichen Sachen, wollten die Bürgerlichen eine Zweiteilung, d. h. sie wollten dem mehr charitativen Teil zustimmen, die prinzipiellen Forderungen aber ablehnen. Genosse Seile sprach für unsere Fraktion aus, daß der Antrag enthalte, was wir längst gefordert und dort wo wir die Macht hatten, auch in die Tat umgesetzt. Die Frage der Erwerbslosen sei eine Frage des gesamten Proletariats, deshalb auch nicht in den Parlamenten, sondern im Kampfe der sozialistischen Massen gegen das kapitalistische System zu lösen. Der Antrag wurde dann mit den rechtssozialistischen Stimmen angenommen. Eine zahlreiche Zuhörerschaft beteiligte sich ziemlich lebhaft bei der Behandlung dieses Themas, so daß Genosse R u b a c h hin und wieder etwas zu starke Temperamentsausbrüche einblenden mußte. Zur Einleitung des 20. Bezirks in Ortsbezirke beantragte die unabhängige Fraktion drei solcher Unterbezirke. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde so beschlossen. Eine zehnjährige Kommission wird der nächsten Bezirksversammlung Bericht geben, wie die Eingliederung der einzelnen Orte in die Unterbezirke vorgenommen werden soll.

Der Raubmord in Senzig. Der Raubüberfall auf den Sägemühlensbesser Strödel in Senzig bei Königs-Wusterhausen, bei dem, wie wir berichteten, dieser erschossen und seine Wirtschaftler durch einen Bruchschuß schwer verletzt wurde, ist, wie die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei jetzt einwandfrei ergeben haben, von einer Berliner Verbrecherbande verübt worden. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 8000 Mark ausgesetzt. Einer der Täter ist bereits hinter Schloß und Riegel. Auch die übrigen Mitglieder der Bande sind bekannt und werden eifrig gesucht. Es handelt sich um polnische Arbeiter, die sich in der Gegend des Schlesienschen Bahnhofes unangemeldet aufhielten. Nach der Ausführung des Verbrechens wurde die Bande auf der Landstraße bei Rudow von zwei Gendarmen gestellt. Auf der Flucht schossen sie auf die Beamten und eine Kugel traf auch einen der Gendarmen, doch prallte die Kugel am Uniformknopf ab. Nunmehr eröffneten auch die Beamten das Feuer, auch ließen sie einen Polizeihund, den sie bei sich hatten, auf die Verbrecher los. Dieser stellte einen von ihnen, der einen Krampfkrampf erhalten hatte, während es den anderen gelang, zu entkommen.

Zur Verabreichung des Postwagens, über den wir gestern berichteten, erfahren wir, daß ein großer Teil der gestohlenen Pakete bereits wieder herbeigeklopft worden ist.

Geschoßfabrik Spandau. Wegen Ausrüstung der Koffisten und Abschüsse finden bis auf weiteres keine Auszahlungen von Uebergangsgeldern statt. Diejenigen Personen, welche ihre vorgeschriebenen Papiere bereits hier eingereicht, die Gebühren aber noch nicht empfangen haben, erhalten dieselben durch die Post zugestellt. Es findet also vorläufig an den Donnerstagen keine Zahlung mehr statt.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch, Trocken und vielstark heiter, bei ziemlich strengem Frost und klaren klaren Winden.

